0341 . 30 68 235

GAMMA

15/03
3.September 2003
#138

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Deutsche Flüchtlingspolitik

Berlin. Der Kongolese Raphael Batoba aus Berlin konnte seine Abschiebung am 19. August zum dritten Mal verhindern. Schon im Juli dieses Jahres lehnten es verschiedene Fluggesellschaften ab, den Mann gegen seinen Willen in das Bürgerkriegsland zu fliegen. Peter Fleischmann, der Sprecher des Berliner Innensenats, verteidigte die Ausweisung des 38jährigen und erklärte, dass Batoba jung und gesund und es ihm zuzumuten sei, sich im Kongo wieder zu integrieren. Am Tag vor der geplanten Ausweisung hatten ihn die Beamten bei einer Vorsprache in der Berliner Ausländerbehörde festgenommen. (JW 27.8.)

Eisenhüttenstadt. Wie erst jetzt bekannt wurde, kam es in der ZABH – dem zentralen Abschiebegefängnis für Flüchtlinge– Ende Mai zu einem dramatischen Selbstmordversuch. Die Kenianerin Anni Ndupe befand sich seit Mitte Januar in Erwartung ihrer Abschiebung in der ZABH (Zentrale Abschiebehaftanstalt). Am 30. Mai trank die 32jährige ein giftiges Haarpflegemittel – aus Verzweiflung über ihren unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland. Ihre behördliche Duldung endet im Oktober. Mit einem Hubschrauber wurde sie auf die Intensivstation eines Potsdamer Krankenhauses gebracht, wo sie drei Wochen lang bleiben mußte. Noch immer befindet sie sich in ärztlicher Behandlung. Einziger Lichtblick ist, daß sie nicht in die Eisenhüttenstädter ZABH zurückkehren mußte. Zur Zeit ist sie in einem Potsdamer Flüchtlingsheim untergebracht. Ob sie in Deutschland bleiben kann, ist ungewiß. (JW 24.8.)

Langenhagen (Nieders.) Der suizidgefährdete Kurde Sever Öztürk muss auch weiterhin in der Abschiebehaftanstalt Langenhagen (Niedersachsen) bleiben, berichtete der Niedersächsische Flüchtlingsrat am 15. August. Seit Anfang Juli ist Öztürk im Hungerstreik, weil ihm die Abschiebung in die Türkei droht. Obwohl der Amtsarzt der Haftanstalt bereits dreimal versicherte, dass eine Ausweisung den Kurden in Lebensgefahr bringe, hält das Innenministerium Niedersachsen an der Entscheidung fest. Der Mann wurde schon einmal im November 1997 in die Türkei abgeschoben. Er gab an, dort gefoltert worden zu sein. Als er wieder nach Deutschland flüchtete, wiesen ihn die Behörden in die Haftanstalt ein. (JW 28.8.)

Trier. Die Staatsanwaltschaft Trier stellte am 6. August ein Strafverfahren gegen die dortige Ausländerbehörde ein. Im Juli hatten vier Chinesen die Verantwortlichen der Behörde angezeigt, weil sie bei einer Zwangsvorführung im Amt von chinesischen Polizisten bedroht und verletzt worden seien, meldete Pro Asyl. Bei Verhören von abgelehnten Asylbewerbern werden oftmals so genannte Experten aus dem jeweiligen Herkunftsland der Betroffenen herangezogen. Deutsche Beamte sind bei diesen Befragungen nicht dabei. In dem Abkommen des Bundesinnenministeriums mit den Landesregierungen wurde bisher nicht festgelegt, welche Qualifikationen ein solcher »Experte« haben muss.

Postdam, 26.8. Die Petitionen für ein dauerhaftes Bleiberecht für den von Abschiebung bedrohten Togolesen Orabi Mamavi aus Rathenow sind gescheitert. Der brandenburgische Petitionsausschuss hat die Anträge aus formalen Gründen abgelehnt, da ein weiteres Bleiberecht nur über eine deutsche Botschaft im Ausland beantragt werden könne, sagte Kay Wendel vom Verein "Opferperspektive" am Dienstag in Potsdam. Die Abschiebung des 41-Jährigen, der mehrfach Opfer rassistischer Überfälle in Brandenburg war, ist für den 4. September vorgesehen.
Die "Opferperspektive" will trotz des Rückschlags am Donnerstag mit Protestbriefen an Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) die Kampagne für ein Bleiberecht Mamavis fortsetzen. Mit der Abschiebung werde ein Präzedenzfall geschaffen, bei dem Behörden die Versuche der Vertreibung von Ausländern durch Rechtsextreme vollenden, kritisierte Wendel. (FR 27.8.)

Antisemitismus

Kassel, 16./17.8. Der alte jüdische Friedhof im Stadtteil Bettenhausen ist am Wochenende von Unbekannten geschändet worden. Die Zerstörungen sind am Montagmorgen entdeckt worden. Die Täter beschädigten 56 Gräber, indem sie die Grabsteine umstürzten oder Grabsteinplatten anhoben und herunterfallen ließen. Sie richteten einen Schaden von mindestens 25 000 Euro an. (FR 19.8.)

Naziübergriffe

Halle, 2.9. Um 02.10 Uhr morgens haben drei Jugendliche Brandsätze gegen das Schaufenster eines türkischen Döner-Imbiss' in der Lettiner Einkaufsoase geworfen. Die Brandsätze verbrannten vor dem Geschäft. An die Fassade wurde mit Farbe verfassungsfeindliche Symbole gesprüht. Die Täter flüchteten in unbekannte Richtung.

Wismar, 21.8. Die mecklenburgische Polizei hat zwei Nazi-Schläger wegen eines schweren Angriffs auf einen Armenier in Wismar inhaftiert. Die beiden einschlägig vorbestraften Täter im Alter von 19 und 23 Jahren hatten ihrem 23 Jahre alten Opfer zunächst in einem Bierzelt aufgelauert. Dort hätten sie dem Armenier die Parole "Sieg heil" zugerufen. Nach der verbalen Attacke habe der jüngere der Täter den Armenier mit einer Bierflasche zu Boden geschlagen, der andere Täter habe dem Opfer ins Gesicht getreten. Der Armenier erlitt bei dem brutalen Angriff am Samstag einen Kieferbruch, ein Schädel-Hirn-Trauma und mehrere Prellungen. (FR 22.8.)

Koblenz, 21.8. Zwei Männer aus Weißenthurm (Rheinland-Pfalz) sollen „aus Wut über Müll und laute Musik ihrer ausländischen Nachbarn" ein Wohnhaus in Brand gesteckt haben. Die beiden 40 und 47 Jahre alten deutschen Tatverdächtigen wurden wegen schwerer Brandstiftung verhaftet. Ein 45- Jähriger soll Beihilfe geleistet haben, der ebenfalls Verhaftete ist nach Justizangaben geständig. Die von dem Brand betroffene Familie aus Serbien-Montenegro blieb bei dem Feuer unverletzt. (FR 26.8.)

Gersdorf (Sachsen), 20.8. Bisher Unbekannte zündeten nachts das Auto einer Rom an, es brannte aus. Die Frau war Mitglied einer Gruppe von Sinti und Roma, die kurzzeitig auf dem Festplatz Station gemacht hatten. Bereits im Vorfeld wurden sie von Anwohnern beschimpft und bedroht. (garfield)

Halle. Eine offensichtlich der linken Szene zugeordnete Frau wurde von

Nazis zusammengeschlagen. Sie befand sich auf dem Heimweg von einer Party, als ein Auto neben ihr hielt, mehrere Nasen ausstiegen und sie mit einem Baseballschläger traktierten.

Halberstadt, 15.8. Nazis haben ein Konzert linker Jugendlicher überfallen und einen 21-jährigen schwer am Kopf verletzt. Zehn bis 15 Birnen waren in den linken Jugendclub „ZORA" in der Altstadt eingedrungen und hatten mit Zaunlatten, Pflastersteinen und Dachziegeln auf die Besucher der dortigen Musikveranstaltung eingeschlagen. Die Polizei nahm vier verdächtige Halberstädter im Alter zwischen 14 und 27 Jahren vorläufig fest und durchsuchte auch deren Wohnungen. Dabei stellten die Beamten mehrere CDs mit rechtsextremistischer Musik sicher. Einer der Hauptverdächtigen spielt in der Band „Skinheads Sachsen-Anhalt" (s.u.)

Pößneck, 15.8. Anläßlich des 16. Todestages von Rudolf Hess haben unbekannte Nazis an mehreren vor allem städtischen und kommunalen Gebäuden Schmierereien hinterlassen.

Halberstadt, 12.8. Ein Obdachloser ist in der Stadt in Sachsen-Anhalt getötet worden. Der 46-Jährige wurde von einer Polizeistreife aus einem brennenden Schuppen auf einem stillgelegten Fabrikgelände der Harzvorstadt Quedlinburg geborgen, wie ein Sprecher mitteilte. Der Notarzt habe den Tod sowie Gewalteinwirkungen an Kopf und Hals festgestellt. Später seien in Tatortnähe zwei Männer im Alter von 21 und 39 Jahren festgenommen worden, einer habe Blut an der Kleidung gehabt. Die Tatverdächtigen mit festem Wohnsitz in Quedlinburg waren wegen Trunkenheit zunächst nicht vernehmungsfähig. Die Staatsanwaltshaft habe Haftbefehl beantragt. (FR 13.8.)

Rheinsberg, 11.8. „Aus Ausländerhass" haben Nazis aus dem Raum Rheinsberg versucht, einen Dönerimbiss anzuzünden. Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 21 Jahren zündeten unter dem Imbiss Zeitungspapier an. Doch der Brandanschlag wurde verhindert: Die Polizei konnte das Feuer löschen, als es noch sehr klein war. Am Imbisswagen entstand geringer Sachschaden.

Auf der Suche nach den Tätern erhielt die Polizei zwei Tage später einen entscheidenden Tipp. Sie nahm zwei dringend Tatverdächtige, 17 und 21 Jahre alt, vorläufig fest. In den Vernehmungen hätten sie sich „teilweise geständig" gezeigt, teilte die Polizeisprecherin mit. Das Motiv für die Tat sei „erkennbare Fremdenfeindlichkeit" gewesen. Während der 21-jährige Beschuldigte nach der Vernehmung wieder nach Hause konnte, wurde der 17jährige bereits am 15.8. dem Amtsrichter in Neuruppin vorgeführt. Der Richter folgte dem Anwalt der Staatsanwaltschaft und verurteilte ihn zu Jugendarrest.

Naziaktivitäten und Gegenaction

Bautzen, 30.8. Rund 30 Nazis nahmen an einer Kundgebung gegen die EU-Osterweiterung teil, die von der BDVG unter Leitung von Lars Käppler veranstaltet wurde.

Halberstadt. Gegen die Naziband „Skinheads Sachsen-Anhalt" richtete sich eine Hausdurchsuchung, bei der Instrumente, Tonträger, Hitlerfiguren und Hakenkreuzfahnen beschlagnahmt wurden. Die Ermittlungen gehen darauf zurück, dass der Haupttäter des Überfalls auf den Club „Zora" Mitglied der Band ist.

Dresden, 17.8. Offensichtlich im Siegesrausch, oder weil sie in Wunsiedel keine Parolen rufen durften, rotteten sich am Abend rund 50 Dresdner Nasen auf einem ehemaligen Kasernengelände in Nickern zusammen, um mit Fackeln und Transparenten mal so richtig schön marschieren und brüllen zu dürfen. Als die ersten Polizeistreifen auftauchten, verdünnisierten sich die Nasen jedoch schnellstmöglich. Einige der flüchtenden Autos konnten gestoppt werden, die Polizei nahm Personalien auf und stellte Transpis sicher. Einige waren bereits 2001 in Wunsiedel benutzt worden. (venceremos)

Wunsiedel, 16.8. Zum dritten Mal in Folge nach der Pause der neunziger Jahre marschierten Nazis aus ganz Europa durch Wunsiedel, um des Selbstmörders und Kriegsverbrechers Heß zu gedenken. Das Bundesverfassungsgericht hatte eine Verbotsverfügung in letzter Minute aufgehoben, so zog sich denn ein obskurer Schweigemarsch von 2.500 Nazis durch die bayrische Stadt. Auch sächsische und anhaltinische Nasen waren vertreten. 67 Birnen wurden festgenommen, weil sie Sachen wie Baseballschläger im Auto mitgebracht hatten. Aufgerufen hatte unter Anmeldung des Nazianwalts Jürgen Rieger ein „Bündnis Nationaler Sozialisten".

An einer Gegenkundgebung nahmen rund 500 Menschen teil.

Heß-Aktionen. Neben den üblichen Autobahnbrücken- und Aufkleber-Aktionen gab es auch Veranstaltungen der Nasen im Vorfeld des Heß-Aufmarschs. So versammelten sich im Berliner Stadtteil Pankow-Buchholz rund 150 Neonazis zu einem Konzert in der Kantine »Kohlmann Katharina«, zu dem die Neonaziband »Spreegeschwader« sowie der Sänger der Band »Landser« angekündigt waren. Nach Angaben der Berliner Polizei blieb es bei der Feier jedoch beim Abspielen rechter, »nicht verbotener« Musik. (jW 18.8.)

Jürgenstorf (M/V). Die 600 EinwohnerInnen des Dorfes und noch 200 mehr haben, organisiert von einem gewissen Mario Stern, an einer Unterschriftensammlung gegen die Einrichtung eines Flüchtlingsheims in ihrem Ort teilgenommen.

Siebenlehn, 4.7. Der Nazibarde Frank Rennicke spielte auf einer Veranstaltung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) im Hotel „Zum Schwarzen Roß", das von Cornelia Widmann und Walter Hüglin betrieben wird. Es kamen ca. 300 Nazis aus ganz Sachsen. Anfänglicher Schleusungspunkt war dabei in Dresden. (ART DD)

Suhl. In Suhl-Nord, im Einkaufszentrum „Rennsteig- Carree", befindet sich der Laden MJÖLNIR. Angeboten werden dort neben der üblichen Streetwear der Marken Lonsdale, Fred Perry und Alpha-Industries spezielle „T-Hemden" und Springerstiefel. Auf den „T- Hemden" steht z.B. „Wir Deutschen, wir sind spitze, auch ohne Koks und ohne Spritze", „Für ein christenfreies Reich!" oder „Good Night Left Side!". Nach eigener Aussage distanziert sich der Besitzer von der Skinhead-Szene, tendiert eher zu nordisch-germanischen Kulten. Den Laden gab es unter gleichem Namen bereits einmal in Erfurt, wo er laut lokaler Antifa als bekannter Nazitreffpunkt galt und nach dem Mord einiger Faschos an einem Punker noch in der gleichen Nacht von einer größeren Gruppe vermummter Jugendlicher vollständig platt gemacht wurde.

Nationales Peenemünde

Im Rahmenprogramm der Wehrmachtsausstellung bei ihrer Station in **Peenemünde** auf der Insel Usedom offenbarte sich die deutsche Gedenkkultur: Ganz im Sinne der Gleichstellung der deutschen Täter mit ihren Opfern gab es dort Veranstaltungen zu Bombenangriffen und verkauften die Veranstalter höhnischerweise verbilligte „Kombitickets", mit denen man sowohl die Wehrmachtsausstellung als auch das „Historisch-Technische Informationszentrum" besuchen kann. In dieses pilgern jährlich 350.000 Deutsche, um sich an der „technischen Meisterleistung deutscher Forscher" (Museumskatalog), nämlich der Produktion der„V2", national aufzuputschen, jener Raketenwaffe, die gegen die britische, belgische und niederländische Zivilbevölkerung eingesetzt wurde. 20.000 Menschen kamen bei der Zwangsarbeit für das V2-Projekt ums Leben.

Zwei eingeladene Referenten, Natan Sznaider und Günther Jacob, sagten

unter diesen Umständen ihre Teilnahme ab: „Vor diesem Hintergrund steht das Risiko, während der Anfahrt, der Übernachtung oder der Abreise von Nazibanden behelligt zu werden, in keinem Verhältnis zu einem politischen Nutzen", schreiben sie in einem offene Brief.

Demo „Kein Frieden mit Deutschland" in Leipzig

Etwa 300 Leute kamen am **1.September** zur Demo des BgR in die Leipziger Innenstadt, um unter dem obigen Motto gegen Geschichtsrevisionismus, Antiamerikanismus und deutsch-europäische Großmachtambitionen zu protestieren. Trotz zeitweisem Regen war die Stimmung gut, auch auf die aggressiven Provokationen der Leipziger Polizei wurde entschlossen, aber besonnen reagiert. Die Einsatzleitung hatte beschlossen, dass keine Seitentransparente zuzulassen seien und die einzelnen Beamten nutzten diese Vorgabe zu ruppigem Geschubse.
Anlaß der Demo war der 64.Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen.

Antifademo gegen Ittner

Gegen den Organisator des am 6.September in Nürnberg geplanten bundesweiten Nazi-Großaufmarschs, Gerd Ittner, fand am **30.8.** eine Antifademo statt. Es wurden Flugblätter verteilt und Redebeiträge verlesen. An der Aktion in Ittners Wohnort **Zirndorf** nahem ca. 80 Leute teil. Das Wohhaus Ittners wurde von der Polizei weiträumig abgesperrt.

Kleines Grenzcamp in Kassel von der Polizei aufgelöst

Auf dem kasseler Friedrichsplatz haben am **16.8.** rund 30 Leute gegen die deutsche Flüchtlingspolitik und gegen die Polizeiwillkür gegen das Granzcamp in Köln protestiert. Sie bauten einige Zelte und einen Informationsstand auf. Als sie abgebaut hatten und gehen wollten, rückte auch dort die Polizei an und nahm von sechs DemonstrantInnen die Personalien auf. Ein Teilnehmer wurde ohne Angabe von Gründen festgenommen. (FR 18.8.)

Repression gegen Antifa

Rund ein Dutzend Mitglieder der Antifaschistischen Aktion **Bad Homburg** hat am **20.8.** unangemeldet Polizeistation und Amtsgericht "besucht". Die Aktion war jeweils nach wenigen Minuten beendet. In weiße Schutzanzüge gehüllt und begleitet von lauter Musik und Tröten protestierte die Gruppe gegen Hausdurchsuchungen bei drei ihrer Mitglieder in der vergangenen Woche. Dabei seien Computer, Disketten und Transparente beschlagnahmt worden. Die Demonstranten forderten bei der Polizei ihr Eigentum zurück und wehrte sich dagegen, kriminalisiert zu werden. Grund für die richterliche Anordnung war eine Antifa-Demonstration im Januar in Köppern, bei der Flugblätter mit Fotos, Namen und Telefonnummern von Nazis verteilt wurden.
In **München** verurteilte ein Gericht einen Friedensaktivisten wegen „grober Störung einer Versammlung" zu 40 Tagessätzen. Er hatte im letzten Herbst um eine Nazi-„Mahnwache" gegen die Wehrmachstatsstellung in München eine 50 m lange Stoffbahn gezogen, um gegen diese zu protestieren. (jW 28.8.)

Schill out

Der Hamburger Innensenator Ronald Schill ist von Oberbürgermeister Beust rausgeworfen worden, als er seine üblichen Methoden auch gegen diesen anwenden und ihn wegen seiner Homosexualität erpressen wollte.
2.000 Menschen haben in der Nacht zum **20.8.** die Entlassung des Innensenators gefeiert. Die Schill-Partei sucht derweil nach einem Nachfolger. Der geschasste Schill überlegt, ob er doch in der Politik bleibt - als Fraktionsvorsitzender.
Bei der Demonstration anlässlich Schills Entlassung kam es vereinzelt zu Ausschreitungen, bei denen ein Polizist verletzt wurde. Nach Flaschenwürfen bei der „Feier" im Schanzenviertel hatten die Beamten Schlagstöcke eingesetzt. 40 Personen nahm die Polizei nach eigenen Angaben in Gewahrsam. Bis zum Morgen waren alle Demonstranten wieder auf freiem Fuß. (SZ 20.8.)

Telefonüberwachungswahn – jetzt auch einfach so

Obwohl die BRD, das Nachfolgeland des Gestapo-Reiches, bekanntlich heute schon das Land mit der weltweit höchsten Abhörrate von Telefongesprächen ist und die Behörden es geschafft haben, diese Zahl im letzten Jahr um ein weiteres Viertel zu steigern, ist das manchen noch nicht genug.
Die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Nordrhein-Westfalen planen derzeit, bereits überwachen zu dürfen, wenn gar keine (schwere) Straftat passiert ist, die damit angeblich aufgeklärt werden soll. Das war die bisherige Regelung, die eben jene ausgeuferte Überwachungswut rechtfertigt hatte. Nun sollen die Polizeien der Länder das tun dürfen, das nur Geheimdienste durften: Abhören, weil sie der Meinung sind, die Opfer der Überwachung könnten vielleicht eine Straftat begehen oder nur damit in irgendeiner Verbindung stehen oder von so jemand angerufen werden. Der Katalog der betroffenen Straftaten wurde bei dieser Gelegenheit nochmals erweitert. Bayern ging sogar soweit, das Abhörverbot von Berufsgruppen wie Rechtsanwälten, Ärzten, Journalisten und Parlamentariern aufzuheben, ja diese sogar bevorzugt zu belauschen. Denn mit diesen würden sich ja Straftäter in bestimmten Fällen bevorzugt in Verbindung setzen.
Ein den Schnüfflern besonders lästiges Instrument taucht in den Entwürfen dabei gar nicht erst auf: Eine Erfolgskontrolle der Abhörmaßnahmen.

Wieder Angriff auf Anonymisierdienst JAP

Auf Antrag des BKA hatte das Amtsgericht Frankfurt die Betreiber des Internet-Anonymisierdienstes JAP gezwungen, Zugriffe auf eine bestimmte Webseite zu protokollieren, um die Zugreifenden zurückverfolgen zu können. Der Vollzug dieser Entscheidung wurde durch das Landgericht jetzt aufgehoben, die Protokollierung wurde wieder abgeschalten.
Das Projekt des Unabhängigen Landesdatenschutzzentrums in Kiel und der TU Dresden ist den deutschen Schnüffel-Behörden seit seinem Beginn ein Dorn im Auge. Es ermöglicht, anonym zu surfen. Mehr Infos unter www.anon.inf.tu-dresden.de

Kalenda

4.-7.9.: Aktionstage für Steffi in Karlsruhe (14/03)
6.9.: Naziaufmarsch in Nürnberg
11.-14..9.: Aktionstafe gegen Abschiebelager in Fürth
20.9.: Naziaufmarsch in Dortmund
3.10.: Naziaufmarsch in Leipzig (10/03)
24.-26.10.: Nazi-Treffen mit Deckert im Harz (14/03)

· Neue Termine ·

Prozeß gegen Residenzpflicht

Die Flüchtlingsorganisation „The Voice" macht auf die Kundgebung und Demo zum nunmehr 3. Prozesstermin gegen Cornelius Yufanyi am Donnerstag, **4.September** um 10 Uhr vor dem Amtsgericht **Worbis** aufmerksam. Vor drei Jahren fand in Jena der Flüchtlingskongress „Gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" statt, organisiert von The Voice. Vor fast drei Jahren stand Yufanyi zum ersten Mal vor dem Amtgericht in Worbis: angeklagt wegen des Verlassens seines Landkreises, um an eben jenem Kongress in Jena teilzunehmen, dessen Mitorganisator er war. Vor nun drei

Jahren riefen die Mitglieder von The Voice und andere engagierte Flüchtlinge öffentlich ihren zivilen Ungehorsam gegenüber der Residenzpflicht aus.
Der Aktivist und seine Anwälte verfolgen immer noch dieselbe Strategie: Sie wollen den Richter dazu bringen, den Fall dem Verfassungsgericht zu übertragen um mit einem Grundsatzurteil zu beweisen, dass das Residenzpflichtgesetz sowohl der deutschen Verfassung entgegensteht als auch die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechts-Charta verletzt. The Voice beabsichtigt, mit diesem Aufruf Massen dazu bewegen zu können, vor dem Gericht zu erscheinen.

Grenzcampdemo in Köln

Am **6.September** findet in **Köln** die Abschlussdemonstration des 6. Antirassistischen Grenzcamps statt, das von der Polizei vorzeitig und brutal aufgelöst worden war (Gamma 14/03). Die Demo ist ab 14 Uhr am Heumarkt angemeldet.

Naziaufmarsch in Nürnberg

Die fränkischen Nazis mobilisieren bundesweit zu einem Aufmarsch auf dem „Reichsparteitagsgelände" – und weitere 6 Kilometer durch die Stadt – am **6.September.** Sie wollen sich um 13.30 Uhr an der Tribüne Beuthener Straße treffen.
Um 10 Uhr beginnt an der U-Bahn-Station Aufseßplatz eine bundesweite Antifdemo. Mehr Infos zu den bundesweiten Gegenaktivitäten unter: http://www.nie-wieder-reichsparteitage.tk/

Naziaufmarsch in Karlsruhe

Sogenannte Freie Kräfte wollen am **13.September** „für nationale Zentren" aufmarschieren. Nazitreff ist 13 Uhr am Kronenplatz.

Naziaufmarsch in Dortmund

Wieder einmal wollen Nazis gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschieren, diesmal in **Dortmund**, am **20.September**. Treff hier 11 Uhr Speestraße, P+R.

Antifademo in Senden

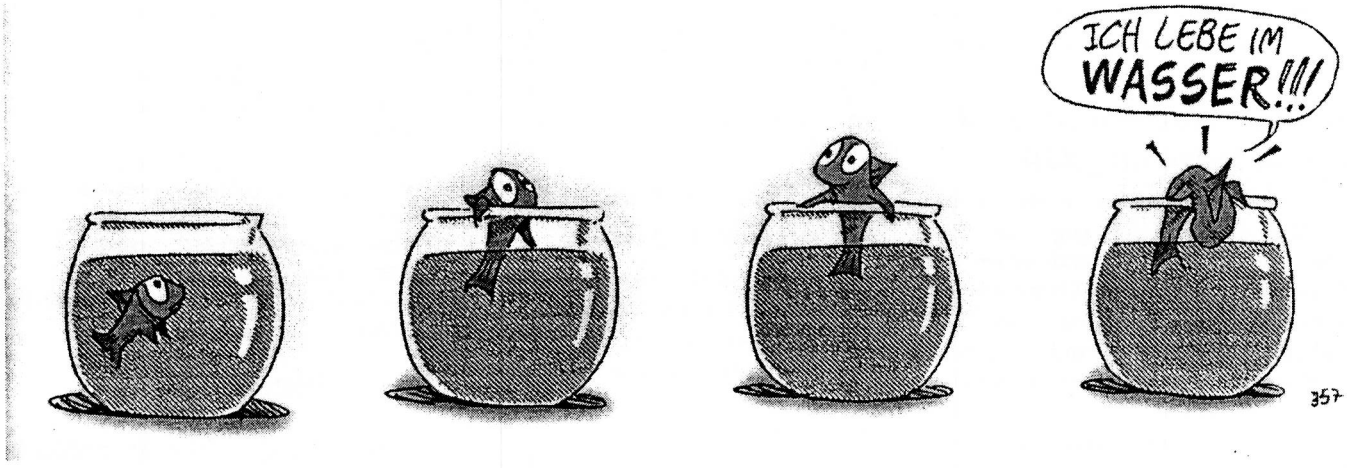
Am **20.September** findet in **Senden bei Ulm** eine Demo unter dem Motto "Gegen Nazi-Zentren vorgehen" statt. Die Demo führt durch die Innenstadt vorbei an Naziveranstaltungsorten und am Sendener NPD-Haus. Vorher und danach gibt es Konzert und DJs. Infos unter http://www.ulm.antifa.net

Nazikonzert in Grimma

Am **27.September** wollen die eindeutig rechtslastigen Bands Kirlian Camera und Aurum Nostrum zusammen mit Axon Neuron/Vagwa in der Klosterkirche St. Augustin in Grimma spielen.

Naziaufmarsch in Erfurt

Unter dem Motto "Volk steh auf! Gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Kriegsbeteiligung! Für soziale Gerechtigkeit und Frieden" will am **18.10.** in **Erfurt** die rechtsextreme Szene aufmarschieren. Anmelder der Demonstration ist Christian Bärthel (Ronneburg), stellvertretender Landesvorsitzender und Pressesprecher der Deutschen Partei (DP) in Thüringen. Als Redner sind neben Ex-NPD-Kader Bärthel die Neonazis Gerd Ittner und Christian Worch sowie Ralf Wohlleben, NPD-Landesvorstandsmitglied Thüringen, angemeldet.



das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de